

1 Organisation

Die Schweizerische Nationalbank ist im Gegensatz zu den meisten ausländischen Zentralbanken keine Staatsbank, sondern eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in Form einer Aktiengesellschaft. Ihre Namensaktien werden an der Börse gehandelt. Der Kreis der stimmberechtigten Aktionäre ist gesetzlich beschränkt auf Schweizer Bürger sowie Körperschaften und juristische Personen, deren Hauptsitz sich in der Schweiz befindet. Knapp 54% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken; die übrigen befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Der Bund besitzt keine Aktien.

Die Nationalbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Mit der Führung der Geschäfte ist das Direktorium betraut, das aus drei gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die drei Departemente werden von je einem Mitglied geleitet. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrages verfügt das Direktorium über einen hohen Grad an Unabhängigkeit. Direktorium und Bundesrat sind verpflichtet, einander vor wichtigen monetären und konjunkturpolitischen Entscheidungen zu konsultieren. Bankrat, Bankausschuss und Revisionskommission üben die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Nationalbank aus.

Die Nationalbank hat zwei Sitze: den rechtlichen in Bern und den Sitz des Direktoriums in Zürich. Das I. und das III. Departement sind in Zürich, das II. Departement ist in Bern domiziliert. Die Nationalbank unterhielt zur Sicherstellung der Bargeldversorgung und zur Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen – neben den beiden Sitzen – bis Ende 1999 sechs Zweiganstalten. Beim Bargeldverkehr wirkten zudem – nach der Schliessung der Agentur Delsberg Mitte 1999, die auf Antrag der jurassischen Kantonalbank erfolgte – 16 von Kantonalbanken geführte Agenturen mit.

Aufgrund eines neuen Bargeldkonzeptes zentralisierte die Nationalbank die Notenverarbeitung an den vier Standorten Zürich, Bern, Genf und Lugano. In Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen stellte sie den Kassenbetrieb der Zweiganstalten Ende 1999 ein. Diese Zweiganstalten führen die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen weiter. Das dezentrale Agenturnetz für die Entgegennahme und Ausgabe von Noten und Münzen wurde verstärkt: Auf Anfang 2000 eröffneten in Basel und Luzern die Kantonalbanken je eine Agentur.

Wichtigste Aufgabe der Nationalbank ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Der Bereich Volkswirtschaft analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung und liefert die Entscheidungsgrundlagen. Nach dem Entscheid des Direktoriums setzt der Bereich Monetäre Operationen des III. Departementes die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um.

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs erfüllt die Nationalbank einerseits, indem sie Banknoten ausgibt und die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf bringt. Zuständig dafür ist der Bereich Bargeld des II. Departementes. Andererseits wirkt die Nationalbank bei der Konzeption und der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit. Konzeptionelle und technische Aspekte des bargeldlosen Zahlungsverkehrs obliegen dem III. Departement. Der bargeldlose Zahlungsverkehr mit den Banken wird vom III. Departement, derjenige mit dem Bund vom II. Departement abgewickelt.

Struktur

Zuständigkeiten

Bankstellen

Neuordnung der Zweiganstalten aufgrund des neuen Bargeldkonzeptes

Führung der Geldpolitik

Ausgabe der Banknoten und Abwicklung des Zahlungsverkehrs

Bank des Bundes

Die Funktion als Bank des Bundes nimmt in erster Linie der Bereich Bankgeschäft im II. Departement wahr. Er ist Kontoführer, wickelt In- und Auslandszahlungen im Auftrag des Bundes ab, wirkt bei der Begebung von Anleihen mit und dient dem Bund bei der Verwahrung seiner Wertpapiere. Das III. Departement führt für den Bund die Geldmarkt- und Devisenhandelsgeschäfte aus.

2 Personal und Ressourcen

Personalbestand und Fluktuation

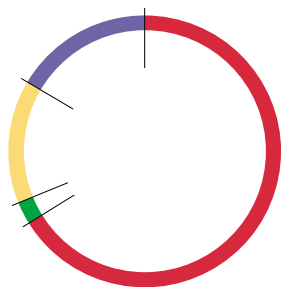
Mit einem Personalbestand von 600 Personen war die Nationalbank Ende 1999 eine der kleinsten Zentralbanken Europas. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Beschäftigten um 10 Personen. Sie entspricht 560,7 Vollzeitstellen, verglichen mit 567,4 Vollzeitstellen im Vorjahr. Die Fluktuation (einschliesslich Pensionierungen) erhöhte sich in Folge der Reorganisation des Bargeldverkehrs sowie der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Doppelte auf 13%.

Personalabbau aufgrund des neuen Bargeldkonzeptes

Für die vom neuen Bargeldkonzept unmittelbar betroffenen 71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Zweiganstalten wurden individuelle Lösungen gefunden: 40 Personen traten innerhalb der Nationalbank eine neue Stelle an, 14 wurden frühzeitig pensioniert und 17 entschieden sich für eine neue Aufgabe ausserhalb der Nationalbank. Die internen Wechsel wurden durch 26 Frühpensionierungen bei den Sitzen Zürich und Bern sowie der Zweiganstalt Genf erleichtert. Kündigungen mussten nicht ausgesprochen werden.

Umfangreiche Ausbildung

Der Aus- und Weiterbildung des Personals kam auch im Jahre 1999 ein grosser Stellenwert zu. Die Nationalbank investierte dafür 1,1 Mio. Franken. Davon entfielen 12% auf die Führungsausbildung, 45% auf die fachliche und sprachliche Weiterbildung sowie die Persönlichkeitsschulung und 43% auf die Informatikschulung.



Personal Anzahl Beschäftigte

Vollzeit Männer 397

Teilzeit Männer 16

Vollzeit Frauen 88

Teilzeit Frauen 99

Total: 600.
Ende 1999

Die Nationalbank setzte die Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung der Informatik auf die System- und Applikationsarchitektur gemäss dem Client/Server-Konzept fort. Insbesondere nahm sie die automatische Abwicklung der Repo-Geschäfte (Teilstufen Repo-Full, Repo-SWX und Repo-International) als Komponente des neuen Standardpaketes zur Bearbeitung der Bankgeschäfte in Betrieb. Die neue Lösung beinhaltet einen umfassenden Verbund der externen Systeme Börse (SWX), SIS SegaInterSettle und Swiss Interbank Clearing (SIC) mit den entsprechenden internen Anwendungen. Im weiteren wurde eine neue Applikation zur Verwaltung primärstatistischer Daten, beispielsweise in der Bankenstatistik, in Betrieb genommen. Abgeschlossen wurden die Installation der neuen Kommunikationseinrichtungen und die Umstellung der Arbeitsplatzrechner auf das Betriebssystem Windows NT. Diese beiden systemtechnischen Vorhaben trugen wesentlich zur Erhöhung der Stabilität der Informatiksysteme der Nationalbank bei.

Im Laufe des Jahres 1999 prüfte die Nationalbank alle Informatikanwendungen, Interbankverbindungen und Infrastrukturanlagen bezüglich ihrer Jahr-2000-Tauglichkeit. Zusätzlich beteiligte sie sich im Mai an einem gesamtschweizerischen Interbanktest. Alle an den übergreifenden Geschäftsabläufen beteiligten Systeme, also die elektronische Börse (SWX), das Wertschriften-Clearing (SIS) und das Swiss Interbank Clearing (SIC), wurden überprüft. Dabei traten keine Probleme auf. Trotzdem bereitete die Nationalbank ein umfassendes Paket organisatorischer Massnahmen und Notfallpläne für die Zeit des Jahreswechsels vor und erhöhte die Banknotenvorräte, um eine allfällige zusätzliche Nachfrage befriedigen zu können. Dank der sorgfältigen Vorbereitung verlief der Jahreswechsel reibungslos.

Jahr-2000-Problem

Die Auswertung der dritten vollständigen Ökobilanz (für das Jahr 1998) zeigte, dass nunmehr eine verlässliche Datengrundlage vorliegt, um die Umweltbelastung der Nationalbank zu beurteilen. Der Ersatz des Normalpapiers durch Recyclingpapiere konnte deutlich gesteigert werden und die Abfallmenge ging kontinuierlich zurück. Dagegen sind die Massnahmen im Energiebereich zu verstärken, damit die im Umweltleitbild 1997 festgelegten Ziele einer Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs um je 10% bis im Jahre 2002 erreicht werden. Ferner nahm die Nationalbank ein Projekt zur Ökobilanzierung (Ermittlung der Umweltbelastung) des Lebenszyklus der schweizerischen Banknoten in Angriff, das die Analyse der Stoff- und Energieflüsse aller Prozesse – von der Herstellung über die Lagerung, Verarbeitung, Transporte bis zur Entsorgung – umfasst.

Umweltmanagement

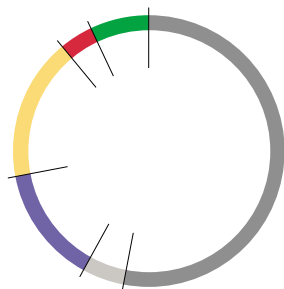
Im Zusammenhang mit der Schliessung der Zweiganstalten Aarau und Neuenburg (vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 63) wurden die dortigen Bankliegenschaften im 1. Quartal 1999 für eine neue Nutzung frei. Da die Nationalbank keine Immobilien zu Anlagezwecken hält, veräusserte sie diese Liegenschaften. In den Zweiganstalten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen, die ihren Kassenbetrieb Ende 1999 einstellten (vgl. S. 65), eröffneten sich für die bisher von der Nationalbank belegten Räumlichkeiten ebenfalls neue Nutzungsmöglichkeiten. Die Nationalbank entschloss sich daher, die Zweiganstalten an diesen Orten in Mieträumlichkeiten unterzubringen und sich von den eigenen Liegenschaften zu trennen. Bis Ende 1999 konnten die Verhandlungen zum Verkauf der Bankgebäude in Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen erfolgreich abgeschlossen werden. In Genf, wo sie inskünftig weit höhere Bargeldvolumina verarbeiten

Liegenschaftsmanagement

Kostenstruktur

wird, erwarb die Nationalbank eine unmittelbar an ihr Zweiganstaltsgebäude anschliessende Liegenschaft. Sie konnte so räumliche Reserven schaffen und die Sicherheit verbessern. Beim Sitz Zürich wurde eine umfassende Sanierung der Liegenschaften am Stadthausquai eingeleitet.

Den grössten Teil der gesamten Betriebskosten der Nationalbank verursacht der Bargeldverkehr. Er umfasst die Herstellkosten für die Banknoten sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Notenumlauf, dem Münzverkehr und der Numismatik entstehen. Die Kosten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs betreffen die Leistungen der Nationalbank im Zahlungsverkehr zwischen den Banken, die Verbindungsleistungen zwischen Bank- und Postzahlungsverkehr sowie die Zahlungsverkehrsleistungen für ausländische Zentralbanken und internationale Organisationen. Die Kosten für Devisen-, Geldmarkt-, Wertschriften- und Lombardgeschäfte sowie für die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes sind in der Position Aktivgeschäfte zusammengefasst. Der Kostenträger Geld- und Währungspolitik gibt die Kosten für die Erarbeitung und Formulierung der Geld- und Währungspolitik sowie für die Erstellung von Statistiken wieder. Die Position Leistungen für den Bund umfasst die Kosten sämtlicher Dienstleistungen für den Bund und seine Anstalten. Die Kosten der Leistungen für Dritte enthalten im Wesentlichen den Beitrag an das Studienzentrum Gerzensee, die Kosten für die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Internationalen Währungsfonds, und die technische Hilfe an ausländische Zentralbanken.



Kostenträger in Prozent

Bargeldverkehr	53
Bargeldloser Zahlungsverkehr	5
Aktivgeschäfte	14
Geld- und Währungspolitik	17
Leistungen für den Bund	4
Leistungen für Dritte	7

3 Mutationen in Bankbehörden und Direktion

Der Bundesrat ernannte am 17. Februar 1999 zum Präsidenten des Bankrates

Bankrat

Eduard Belser, Bottmingen, Regierungsrat, bis anhin Vizepräsident,
und zum Vizepräsidenten des Bankrates

Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Nationalrat, bisher Mitglied des Bankausschusses.
Die beiden Herren traten ihr Amt nach der Generalversammlung an.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 23. April 1999 wählte zu neuen
Mitgliedern des Bankrates:

Brigitta M. Gadiant, lic. iur., Chur, Nationalrätin, Mitinhaberin eines Beratungsbüros für
Rechts-, Organisations- und Strategiefragen,

Dr. Jean Guinand, Neuenburg, Regierungsrat, Vorsteher des Finanz- und Sozialdepartementes
des Kantons Neuenburg,

Rudolf Imhof, Laufen, Nationalrat, Direktor der Ricola AG,

Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, Ständerat, Rechtsanwalt,

Dr. Armin Jans, Zug, Nationalrat, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hoch-
schule Winterthur,

Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Staatsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorge-
direktion des Kantons Freiburg.

Wiedergewählt wurden folgende Mitglieder des Bankrates:

Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes,

Peter Everts, Zollikofen, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschafts-
bundes,

Hugo Fasel, St. Ursen, Nationalrat, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschafts-
bundes der Schweiz,

Trix Heberlein, Zumikon, Nationalratspräsidentin, Rechtsanwältin,

Jean-Philippe Maitre, Vévenaz, Nationalrat, Rechtsanwalt,

Franz Marty, lic. iur., Goldau, Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des
Kantons Schwyz,

Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates der "Winterthur"
Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft,

Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes
Internationales (beurlaubt), Senior Policy Advisor and Resident Scholar,
Internationaler Währungsfonds, Washington,

Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des
Kantons Bern.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von

Dr. Kurt Amsler, Neuhausen, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken,

Peter Galliker, Altishofen, Unternehmer, Präsident der Luzerner Kantonalbank,

Marion Gétaz, Cully, Präsidentin der Hochschule für Hotellerie und Gastronomie,

Marianne Kleiner-Schlöpfer, Herisau, Landammann (Regierungspräsidentin), Vorsteherin
der Finanzdirektion des Kantons Appenzell Ausserrhodon,

Luigi Pedrazzini, Locarno Solduno, Staatsrat, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Tessin,

Dr. Fulvio Pelli, Lugano, Nationalrat, Rechtsanwalt und Notar,

Rolf Ritschard, Luterbach, Regierungsrat, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Solothurn,

Christian Seiler, Sitten, Rechtsanwalt, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler Hotels Zermatt AG,

Alberto Togni, Küsnacht, Vizepräsident des Verwaltungsrates der UBS AG.

Der Bundesrat nahm folgende Wiederwahlen vor:

Henri André, Paudex, Präsident des Verwaltungsrates der André & Cie AG,

Käthi Bangerter, Aarberg, Nationalrätin, Verwaltungsratspräsidentin und Delegierte der Bangerter-Microtechnik AG,

Jörg Baumann, Langenthal, Präsident des Verwaltungsrates der création baumann Weberei und Färberei AG,

Pierre Darier, Cologny, Teilhaber der Darier, Hentsch & Cie, Banquiers Privés,

Melchior Ehrler, lic. iur., Riniken, Nationalrat, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes,

Laurent Favarger, Develier, Direktor der Four électrique Delémont SA,

Dr. Serge Gaillard, Bolligen, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,

Rudolf Hauser, Zürich, Delegierter des Verwaltungsrates der Bucher Holding AG,

Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Präsidentin der Stiftung Pro Helvetia,

Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Vizepräsident des Verwaltungsrates der F. Hoffmann-

La Roche AG, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort),

Vasco Pedrina, Zürich, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau & Industrie, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,

Heinz Pletscher, Löhningen, Bauunternehmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes,

Dr. Judith Stamm, Luzern, Nationalrätin,

Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Gümligen, Ständerat, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung vom 28. April 2000 tritt zurück:

Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates der "Winterthur" Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft.

Die Nationalbank dankt Dr. Peter Spälti für die wertvollen Dienste, die er dem Noteninstitut geleistet hat.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung zur Wahl vor:

Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf, Mitglied der Konzernleitung der "Winterthur" Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft.

Der Bankrat delegierte in den Bankausschuss (mit Wirkung ab 11. Juni 1999):

Bankausschuss

Trix Heberlein, Zumikon, als Nachfolgerin von Dr. Jakob Schönenberger,
Jean-Philippe Maitre, Vésenaz, als Nachfolger von François Jeanneret,
Franz Marty, Goldau, als Nachfolger von Gianfranco Cotti.

Auf das Datum der Generalversammlung vom 23. April 1999 traten zurück:

Lokalkomitees

Alain Peyrot, Vésenaz, Vorsitzender des Lokalkomitees Genf seit 1996 (Mitglied seit 1991),
Christian Seiler, Sitten, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne seit 1990
(Mitglied seit 1988),
Flavio Riva, Montagnola, Vorsitzender des Lokalkomitees Lugano seit 1994
(Mitglied seit 1991), und
Gerry Leumann, Meggen, Vorsitzender des Lokalkomitees Luzern seit 1996
(Mitglied seit 1991).

Der Bankrat nahm folgende Ernennungen vor:

Genf

Charles Seydoux, Choulex, Direktor der Seydoux-DMB SA, Präsident der Genfer Sektion
des Schweizerischen Baumeisterverbandes.

Lausanne

Gérard Beytrison, Conthey, Generaldirektor der Orgamol AG.

Lugano

Olimpio Pini, Sorengo, dipl. Ing. ETH/SIA, Direktor der Pini & Associati.

Luzern

Ruth Pedrazzetti-Weibel, Luzern, Hotelière, Hotel Continental-Park, Präsidentin des
Hoteliervereins der Stadt Luzern.

Der Bankausschuss regelte den Vorsitz und dessen Stellvertretung in den
einzelnen Lokalkomitees nach dem Anciennitätsprinzip.

Revisionskommission

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 23. April 1999 wählte
Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG,
zum Mitglied,
Hans Michel, Egnach, zum Mitglied,
Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, bisher Ersatzmitglied der Revisions-
kommission, als Nachfolgerin von Peter Blaser, Hünibach, zum Mitglied, und
Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Refidar Société Fiduciaire,
zum Ersatzmitglied,
Jean-Claude Grangier, Epalinges, Vizepräsident der Generaldirektion der
Waadtländer Kantonalbank, zum Ersatzmitglied,
Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor der Banque Jenni et Cie SA,
zum Ersatzmitglied der Revisionskommission.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung vom 28. April 2000 die Wiederwahl der
bisherigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Revisionskommission vor.

Direktion

Mit Wirkung ab 1. August 1999 nahm der Bankausschuss folgende Beförderung vor:
Dr. Thomas Jordan (Leiter der Abteilung Forschung) zum Vizedirektor.

Mit Wirkung ab 1. November 1999 berief der Bankausschuss
Dr. Benjamin Künzli (Leiter der Personalausbildung) zum Vizedirektor.

Der Bankausschuss beförderte mit Wirkung ab 1. Januar 2000
Dr. Werner Hermann (Leiter des Ressorts Internationale Währungsbeziehungen) zum Direktor,
Karl Hug (Leiter des Ressorts Geldmarkt und Devisenhandel) zum Direktor,
Dr. Michel Peytrignet (Leiter des Ressorts Volkswirtschaftliche Studien) zum Direktor,
Werner Abegg (Leiter der Pressestelle) zum stellvertretenden Direktor,
Dr. Thomas Stucki (Leiter des Ressorts Devisenanlagen) zum stellvertretenden Direktor,
Mauro Picchi (Leiter der Abteilung Monetäre Statistik) zum Vizedirektor,
Dr. Umberto Schwarz (Leiter der Abteilung Europäische Währungsintegration) zum Vizedirektor.

Zum Gedenken an Prof. Dr. Walter Wasserfallen

Am 1. März 1999 verstarb

Prof. Dr. Walter Wasserfallen

nach langer, schwerer Krankheit.

Er leitete seit 1988 das Studienzentrum Gerzensee mit grossem Erfolg und prägte dessen Aufbau nachhaltig. Er setzte sich unermüdlich für die qualitative Verbesserung der Lehr- und Forschungstätigkeit am Studienzentrum ein.

Dank seines Einsatzes erwarb sich das Studienzentrum einen ausgezeichneten internationalen Ruf.

Für sein erfolgreiches Wirken gebührt Prof. Walter Wasserfallen Dank.

Sein Nachfolger ist Prof. Philippe Bacchetta.
